



Prof. Dr. Dr. Wolf D. Gruner Universität Rostock, Deutschland

Zusammenfassung des Beitrages zum Yearbook: „Deutscher Bund in Europa Schlussstein des Europäischen Friedens“.

Der Deutsche Bund steht historisch zwischen dem Heiligen Römischen Reich deutscher Nation und dem preußisch-kleindeutschen Kaiserreich von 1871. Er war die Nachfolgeorganisation für das Heilige Römische Reich deutscher Nation, das 1806 zerschlagen wurde.

Der Deutsche Bund als neues Band der deutschen Nation nach den Revolutions- und Napoleonischen Kriegen wollte und konnte kein Nationalstaat sein. In der Geschichtspolitik war er daher von der kleindeutschen Reichsgeschichtsschreibung aber auch der österreichischen Habsburg-Geschichtsschreibung auf die historische Müllkippe verbracht worden. In den Jubiläumsjahren zur Bundesgründung 1915 und 1965 fand keine wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Bund statt. Erst 2015 zur Erinnerung an den Wiener Kongress und 2016 zur Auflösung des Bundes 1866 wurde der Bund auf Konferenzen und in der Literatur differenziert gewürdigt.

Die föderative Struktur des Deutschen Bundes sicherte als „Centralstaat von Europa“ (A.H.L. Heeren) von Europa über 50 Jahre den europäischen Frieden. Aus sicherheitspolitischer Perspektive hatte er eine Doppelfunktion: Garantie der Mitgliedssäulen des Deutschen Bundes nach innen und außen sowie die Absicherung des europäischen Gleichgewichtes. Der deutsche Europahistoriker A.H.L. Heeren warnte 1816 in einem Aufsatz über die Stellung des Deutschen Bundes im europäischen Staatsystem anlässlich der Eröffnung der Bundesversammlung in Frankfurt am Main, dass ein starker deutscher Zentralstaat dem alle Ressourcen Deutschlands zur Verfügung fügen stünden würde das multi-polare internationale System destabilisieren. Sein Streben nach Hegemonie würde zum „Grab Europas“ werden. Es wäre die Quelle für die deutsche Frage, für das deutsche Problem in der deutschen und europäischen Geschichte. Eine bundesstaatlich-föderative Organisationsform des mitteleuropäischen Zentralstaates würde das europäische Gleichgewicht sichern, während ein starker deutscher Zentralstaat die deutsche Frage ausbilden würde. Die Zerstörung des Deutschen Bundes 1866 durch Preußen zerstörte das mitteleuropäischen Föderativsystems. Das deutsche Kaiserreich als nationaler Staat der Deutschen (1871-1918) war aufgrund des territorialen, politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Übergewicht Preußen ein „Scheinbundesstaat“, der aufgrund der Stellung Preußens und seine Haltung den Weg zur parlamentarischen Demokratie erst gegen Ende des Ersten Weltkrieges vollziehen konnte. Die deutsche Frage wurde ein Thema der internationalen Politik.

Der Deutsche Bund wurde im 19. Jahrhundert verschiedentlich als Modell für eine Europäische Föderation oder einen Europäischen Völkerbund angesehen. Beispiele gibt es auch aus der Periode zwischen 1919 und 1945. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde eine reformierter Deutsche Bund als

INSTITUT

Alternative für einen deutschen Nationalstaat in einem vereinten Europa vorgeschlagen. Seit den 1960er Jahren taucht der Deutsche Bund in Varianten als Modell für ein wiedervereinigtes, gelegentlich auch neutrales Deutschland auf. Aus der Perspektive des Historikers macht es keinen Sinn den historischen Deutschen Bund des 19. Jahrhunderts als Friedensstaat in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts zu verpflanzen, zu transferieren. Es sind in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg vollkommen andere historische Rahmenbedingungen.

Seit den 1960er Jahren veränderte sich, eingeleitet durch angelsächsische und österreichische Historiker, das Bild vom Deutschen Bund. Hierbei spielen auch neue methodische Zugriffe und die Einbindung der mitteleuropäischen Föderativordnung Deutscher Bund in ein europäisches Bezugssystem eine Rolle. Hierbei sind immer drei miteinander verknüpfte Ebenen in die historische Analyse einzubeziehen: Die europäische – die einzelstaatliche und die deutsche Ebene.

Über ein halbes Jahrhundert konnte der Deutsche Bund seine deutsche Aufgabe als föderatives Band der deutschen Nation und als Zentralstaat von Europa seine europäische Aufgabe als Friedensstaat und Stabilisator der europäischen Sicherheitsarchitektur in der Wiener Ordnung erfüllen. Auf der ‚deutschen Ebene‘ hat die Forschung in den letzten Jahren den wichtigen Beitrag des Bundes zur inneren Nationsbildung erarbeitet. In einem großen Projekt werden derzeit die wichtige Arbeit und der Beitrag der mehr als 200 Bundeskommissionen untersucht.

Nach dem Ende des Alten Reiches 1806 wurden verschiedene Modelle für die künftige Organisationsform des deutschen Mitteleuropa diskutiert, auch von der publizistischen Europaforschung:

1. Die Wiederherstellung des Reiches Karls des Großen unter Kaiser Napoleon
2. Die Erneuerung eines reformierten Reiches unter einem habsburgischen Kaiser
3. Eine Doppelhegemonie Österreichs und Preußens über Deutschland
4. Die Gründung einer Nachfolgeorganisation des Alten Reiches auf föderativer Grundlage (Art. 6 Pariser Frieden v. 30.5.1814: Die deutschen Staaten sollen durch ein ‚lien fédératif‘ verbunden werden.)

Nach den Erfahrungen mit der französischen Hegemonie über Europa war ein starkes, reformiertes erneuertes Reich unter einem Habsburger Kaiser, das eine Hegemoniestellung erreichen würde, für die deutschen und europäischen Staaten nicht hinnehmbar.

Ein Kondominium der deutschen Großmächte über Deutschland wurde in Wien lange diskutiert, kam aber in der Endphase des Kongresses nicht mehr in Frage. Diese Tendenz kehrte aber in der Zeit des Deutschen Bundes immer wieder.

Mit als Ergebnis der aus der Napoleonischen Flurbereinigung gestärkt hervorgegangen deutschen Mittelstaaten war letztlich nur eine föderative Organisationsform als Nachfolgeorganisation des Reiches möglich.

In der 1814 geschaffenen Vierallianz von Chaumont übernahmen die Kriegsgegner Napoleons Verpflichtungen über den Friedensschluss hinaus und verstanden sich als Europäischer Sicherheitsrat, der im Spannungsfeld von Legitimität und nationalem Interesse seine Aufgabe des Krisenmanagements und Konfliktregulierung übernahm.

In der Wiener Ordnung, die als Sicherheitssystem konstruiert war, übernahmen die deutschen Großmächte wichtige Verteidigungsaufgaben und auch in der Mitglieder- und Binnenstruktur des Bundes spielten Sicherheitsfragen eine Rolle. Exponierte europäische Mittelstaaten, wie das Königreich der Vereinigten Niederlande und das Königreich Dänemark wurden über die in Personalunion mit ihnen verbundene Großherzogtum Luxemburg und das Herzogtum Holstein und Lauenburg Mitglieder des Deutschen Bundes. Bei der territorialen Neuordnung Mitteleuropas erhielten die deutschen Großmächte und der größte deutsche Mittelstaat Bayern Sicherungsaufgaben für Deutschland und Europa. Preußen wurde west-verschoben und erhielt Provinzen am Rhein. Es sollte als Großmacht Nordwesteuropa gegen Frankreich verteidigen, positioniert hinter den Vereinigten Niederlanden. Aus sicherheitspolitischen Überlegungen erhielt Preußen keine Landverbindung zwischen Kernland und Rheinprovinzen. Österreich zog sich aus Deutschland zurück und wurde zur Schutzmacht Italiens gegen

Frankreich, territorial arrondiert in Norditalien und positioniert hinter der Mittelmacht Piemont-Sardinien. Bayern wurde territorial nach Nordwesten verschoben und erhielt die Rheinpfalz. Wie Preußen erhielt es keine direkte Landverbindung zwischen dem rechtsrheinischen Bayern und der Pfalz.

Die Bundesakte von 1815 enthielt Entwicklungspotential für eine Fortentwicklung hin zu einer konstitutionellen und parlamentarischen Organisationsform. Es ist daher nachvollziehbar, dass 1848 die Bundesakte zur Grundlage für die Ausarbeitung einer deutschen Verfassung wurde.

Durch die 1821/22 verabschiedete Bundeskriegsverfassung erhielt der Deutsche Bund bundesstaatliche Elemente. Die Bundesarmee aus 10 Korps gebildet musste zwar zwischen 1815 und 1866 nicht aktiv werden, doch stellte der Bund in internationalen Krisen Observationskorps auf, so 1830, 1854 und 1859. Dies hatte friedenssichernde Wirkungen.

Als die deutschen Großmächte u.a. in der Belgisch-Luxemburgischen Krise sich außerhalb des Bundesrechtes stellten zwang sie die Bundesversammlung des Deutschen Bundes den territorialen Besitzstand des Bundes zu erhalten indem wegen des Verlustes der luxemburgischen Provinz Arlon an Belgien die Niederlande das Herzogtum Limburg in den Bund einbringen mussten.

Mit dem Bundesbruch durch Preußen und die Auflösung der mitteleuropäischen Föderativordnung 1866 verschwanden einige deutsche Staaten von der europäischen Landkarte. 1870/71 verschwanden weitere Staaten des ‚Dritten Deutschland‘ als Puffer zwischen den Großmächten. Der Weg vom alten Bund über den neuen Deutschen Bund zum deutschen Kaiserreich war nicht zwangsläufig und alternativlos. Diskutiert wurde ein 1848/49 und später entwickeltes Modell eines engeren und weiteren Bundes, für 1866-1870: Ein Süddeutscher Bund neben dem Norddeutschen Bund, international und verfassungsmäßig verbunden durch einen Allgemeinen Deutschen Bund.

Mit der Gründung des deutschen Kaiserreiches 1871 veränderte sich das Deutschlandbild: Das Bild der Deutschländer mutierte zum Preußenbild. Mit dem preußischen Militarismus und der „Pickelhaube“ verband sich bis in die Gegenwart die deutsche Frage. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg kann sie aktiviert werden. Dies wurde im Prozess der Wiedervereinigung 1989/90 und in den Krisen der Jahre seit 2001 deutlich. Die Nachbarn Deutschlands befürchten, dass Deutschland erneut ein deutsches Europa und kein europäisches Deutschland wie es Thomas Mann 1953 als Auftrag an die deutsche Jugend formulierte. Das 1990 wiedervereinigte, bundesstaatliche Deutschland steht vor der Herkulesaufgabe der „doppelten Integration“, der Integration beider Teile Deutschlands nach 1990 (Bundesrepublik und DDR) und dem Engagement für die Integration Europas. Heerens Botschaft von 1816, dass der Deutsche Bund als Zentralstaat von Europa ein Bundesstaat sein solle weist auch den Weg zur finalité der Europäischen Konstruktion, die Bundespräsident Herzog 1995 in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament vorgeschlagen hatte.

Literaturanregungen zur weiteren Lektüre:

Marie-Thérèse Bitsch (Hg.), *Le couple France-Allemagne et les institutions européennes. Une posterité pour le Plan Schuman?* Bruxelles: Bruylant 2001 – Marie-Thérèse Bitsch, *La construction européenne. Enjeux politiques et choix institutionnels.* Bruxelles: Lang 2007 – Angelo Bolaffi, *Cuore tedesco. Il modello Germania, l'Italia e la crisi europea.* Roma: Donzelli Editore 2013 – Beatrice de Graaf et al (Hg.), *Securing Europe after Napoleon. 1815 and the New European Security Culture.* Cambridge: Cambridge UP 2019 – Gehler, Michael, *Deutschland von der Teilung zur Einigung. 1945 bis heute.* Köln Weimar Wien: Böhlau 2010 – Wolf D. Gruner, *Deutschland in Europa 1750-2007. Vom deutschen Mitteleuropa zum europäischen Deutschland.* Cluj-Napoca: Presa Universitaria Clujeana 2009 – Wolf D. Gruner, *Der Deutsche Bund 1815-1866.* München: C. H. Beck 2012 – Wolf D. Gruner, *Der Wiener Kongress 1814/15.* Stuttgart: Reclam 2014 – Wolf D. Gruner, *Is the German Question – is the German Problem back? The Role of Germany in Europe from a Historical Perspective* (=RSPI 84/2017), 341-373 – Roman Herzog, *Vision Europa. Antworten auf globale Herausforderungen.*

Hamburg: Hoffmann und Campe 1996 – Dieter Langewiesche / Georg Schmidt (Hgg.) Föderative Nation. Deutschlandkonzepte von der Reformation bis zum Ersten Weltkrieg. München: Oldenbourg 2000 – Jochen Löser / Ulrike Schilling, Neutralität für Mitteleuropa. Das Ende der Blöcke. München: C. Bertelsmann 1984 – Jürgen Müller, Deutscher Bund und deutsche Nation 1848-1866. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2005 – Jürgen Müller, Der Deutsche Bund 1815-1866. München: Oldenbourg 2006 – Jürgen Müller (Hg.), Deutscher Bund und innere Nationsbildung im Vormärz (1815-1848). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2018 – Maiken Umbach (Hg.), German Federalism. Past, Present, Future. Basingstoke: Palgrave 2002 – Ubaldo Villani-Lubello, Il ritorno della questione tedesco: l'inevitabile egemonia della Germania in Europa (=RSPI 83/2016), 205-218.